

**57. Jahreshauptversammlung der Freien Wähler
am 20. April 2013 in Baden-Baden
Heinz K ä l b e r e r, Landesvorsitzender**

Freie Wähler: "Das Original ist parteilos und kommunal"

Die Freien Wähler haben nach der Gemeinderatswahl im Jahr 2009 mit Abstand die meisten Gemeinderatssitze vor der CDU (8.184 zu 5.130). In den Kreistagen sind sie zweitstärkste Kraft nach der CDU (552 zu 832 Sitzen). Die Kommunalwahlen sind, zumindest in überschaubaren Städten und Gemeinden, vor allem Persönlichkeitswahlen. Wir haben viele Frauen und Männer, die ein Ansehen in der Bevölkerung haben und viele davon engagieren sich ehrenamtlich noch anderweitig in den örtlichen Vereinen, im Kirchengemeinderat oder bei sonstigen Institutionen.

Die Freien Wähler wollen sich unabhängig und sachorientiert engagieren.

Landesvereinigung der Freie-Wähler-Partei

Am 17. April 2010 hat die Mitgliederversammlung des Landesverbandes beschlossen, dass der Landesverband die Gründung einer Partei mit dem Namen Freie Wähler ablehnt. Er unterstützt Aktivitäten in diese Richtung nicht und distanziert sich davon. Nach einer eingehenden Diskussion stimmten 240 der 248 anwesenden Delegierten dieser politischen Erklärung und dem Handlungsauftrag an den Vorstand zu. Nur 6 Delegierte hatten für die Unterstützung der Freien-Wählerpartei gestimmt. Eindeutiger kann ein Votum nicht sein.

Der Landesverband hat in einer Pressemitteilung klar seine Haltung zum Ausdruck gebracht, dass die Freie-Wähler-Partei nicht die wirklichen Freien

Wähler sind und wir uns von dieser Partei distanzieren. Die Pressemitteilung wurde Ihnen zugeleitet. Leider fand diese Pressemitteilung in der Landespresse keine Resonanz.

Ich möchte Sie bitten und dazu auffordern, in Ihrer lokalen Presse zu diesem Thema eindeutig Stellung zu beziehen. Einige Kreis- und Ortsverbände haben das mit entsprechender Resonanz in der lokalen Presse schon gemacht.

Wir müssen jetzt darauf reagieren. Sonst halten uns die Parteien bei den nächsten Kommunalwahlen im kommenden Jahr vor, dass wir ja auch Partei seien. Der "normale" Bürger kann das auch nicht mehr unterscheiden. Ich wurde von Bürgern in den letzten Wochen immer wieder darauf angesprochen.

Die Vertreter der Freie-Wähler-Partei behaupten, ihre Aktivität sei nicht gegen den Landesverband und die Freien Wähler gerichtet. Sie behaupten, die Orts- und Kreisverbände könnten sich ja weiter um die kommunale Ebene kümmern. Die Freie-Wähler-Partei kümmere sich um die Wahlen auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

Diese Doppelstrategie sollten wir auf gar keinen Fall mitmachen. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Freien Wähler in Baden-Württemberg so stark gemacht, weil sie gute Kandidatinnen und Kandidaten angeboten haben und weil die Freien Wähler keine Partei sind. Die Freien Wähler werden als Alternative zu den Parteien gesehen und verstanden.

Im übrigen ist bei der Freie-Wähler-Partei sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene vieles durcheinander geraten. Wie Sie der Presse

entnehmen konnten, ist der Landesvorsitzende der Freie-Wähler-Partei Baden-Württemberg ausgetreten und hat sich mit weiteren Mitgliedern der Partei "Alternative für Deutschland" angeschlossen. Der vorgesehene Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, Stephan Werhan (Adenauer-Enkel) ist jüngst ebenfalls aus der Freie-Wähler-Partei ausgetreten und Parteimitglied der CDU geworden. Auch Hans-Olaf Henkel hat sich nach Presseberichten zwischenzeitlich von der Partei distanziert.

Gespräche mit Ministerpräsident Kretschmann, den im Landtag vertretenen Fraktionen, Innenminister Gall und dem Präsidenten des Gemeindetages Roger Kehle

Mit Mitgliederrundschreiben vom 30. November 2012 haben wir Sie über die wesentlichen Gesprächsinhalte (mit Ausnahme des Gemeindetages) informiert. Ich möchte deshalb nur auf einige wenige Punkte eingehen:

Vertretung der Freien Wähler in Institutionen, deren Gremien vom Land besetzt werden

Die Freien Wähler haben bisher nur einen Sitz im Tierschutzbeirat und im Landesrundfunkrat. Unsere Forderung, künftig auch in anderen Gremien vertreten zu sein, wurde bezüglich einer Überprüfung positiv aufgenommen.

Pkw-Maut

Wir haben bei unserer letzten Jahreshauptversammlung den Beschluss nach Einführung einer Pkw-Maut gefasst. Mehr zweckgebundene Mittel für den Straßenbau sind bei unserem maroden Straßensystem zwingend erforderlich. Die Industrie- und Handelskammern haben zwischenzeitlich ebenfalls die Einführung einer allgemeinen Pkw-Maut gefordert da, wie der

Präsident des Baden-Württembergischen IHK-Tags betonte "der Zustand der Straßen für eine Wirtschaftsnation wie uns höchst blamabel sei". Nach unseren Gesprächen haben wir den Eindruck, dass dies erst ein Thema nach der Bundestagswahl werden wird. Unser Ministerpräsident ist gegen die Einführung einer Vignette und tendiert für eine satellitengestützte Mauterhebung.

Ländlicher Raum

Wir haben bei den Gesprächen nochmals deutlich gemacht, dass der ländliche Raum gestärkt werden muss. Es müsse verhindert werden, die Fahrpläne noch weiter auszudünnen. Auch sei die ärztliche Versorgung und ein schnelles Internet ein wichtiger Standortfaktor.

Institutionalisierte Anhörung der Freien Wähler im Gesetzgebungsverfahren bei kommunalen Themen

Eine institutionalisierte Anhörung der Freien Wähler wird es nicht geben. Das sei Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände. Von den Fraktionen wurde aber zugesichert, auf informellem Wege die Freien Wähler stärker zu beteiligen.

Kommunalwahlen

Vor allem von den Grünen war vorgesehen bei künftigen Kommunalwahlen paritätisch besetzte Listen gesetzlich zu verankern. (Mann/Frau/Mann/Frau). Eine solche gesetzliche zwingende Regelung wird es aber wohl nicht geben. Nach einem Schreiben der Fraktionsvorsitzenden der Grünen und der SPD soll das Kommunalwahlgesetz folgendermaßen geändert werden:

"Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Die Beachtung der Sätze 1 und 2 ist nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlags."

Der Frauenanteil der Freien Wähler bei Gemeinderatssitzen beträgt 21,4 %.

Ich appelliere, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten bei den kommenden Kommunalwahlen für das kommunale Mandat um qualifizierte Frauen zu werben. Fatal wäre es gewesen, wenn man "Quotenfrauen" hätte berücksichtigen müssen. Am wenigsten hätte das den Frauen selbst genützt.

Doppelkandidaturen bei Kreistagswahlen werden wieder abgeschafft. Damit wird auch einer alten Forderung der Freien Wähler Rechnung getragen.

Bei den nächsten Kommunalwahlen sind erstmals Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr wahlberechtigt. Gewählt werden können sie nach wie vor nur ab dem 18. Lebensjahr.

Bei der Aufstellung der Kandidatenlisten sollte auch beachtet werden, welche Kandidaten für die jungen Wähler interessant sind. Zum Beispiel könnte das ein früherer Jugendgemeinderat sein. Das Kumulieren und Panaschieren wird beibehalten. Wir haben uns bei unseren Gesprächen

dafür nachhaltig eingesetzt. Es gab im Vorfeld auch diesbezüglich Überlegungen, das Kumulieren und Panaschieren abzuschaffen.

Es gab weiter Überlegungen, eine gesetzliche Bestimmung zur Unvereinbarkeit des Amts des Bürgermeisters mit dem eines Kreistrats zu beschließen. Eine solche gesetzliche Bestimmung wird - zumindest auf absehbare Zeit - wohl nicht kommen. Wir Freien Wähler haben uns, wie der Gemeinderat Baden-Württemberg, dagegen nachhaltig ausgesprochen. Sachliche Gründe sprechen eindeutig dafür, dass Bürgermeister weiter dem Kreistag angehören müssen. Die Entscheidungen des Kreistags beeinflussen in vielfältiger Weise den Aufgabenkreis der kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie vor allem ihre finanzwirtschaftliche Situation. Auch die Funktion des Landratsamts als Rechtsaufsichtsbehörde für kreisangehörige Städte und Gemeinden zwingt nicht zu einer Feststellung der Unvereinbarkeit. Fragen der staatlichen Kommunalaufsicht sind nicht im Kreistag, sondern vom Landrat zu entscheiden.

Finanzen, Konnexitätsprinzip

Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips und der vollständige Ausgleich von Mehrbelastungen durch übertragene Aufgaben sind für die Kommunen von größter Bedeutung. Die bestehenden Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich sind -wie im Pakt für mehr Chancengerechtigkeit vereinbart- nachhaltig zu reduzieren. Reformansätze in der Kommunalfinanzierung müssen eine Entlastung kommunaler Haushalte von Sozialausgaben und die Erhaltung der Gewerbesteuer zum Ziel haben.

Im nächsten Jahr stehen Kommunalwahlen an. Der Landesverband in Zusammenarbeit mit den Freien Wählern in der Region Stuttgart werden Sie -wie auch bei früheren Kommunalwahlen- wieder mit einer Homepage, Wahlwerbemittel usw. unterstützen. Unser neuer Geschäftsführer, Friedhelm Werner, wird dazu heute Nachmittag noch Ausführungen machen.

Ich wünsche Ihnen von Herzen, dass Sie wieder angesehene Frauen und Männer gewinnen, die bei der anstehenden Kommunalwahl auf Ihren Listen für die Freien Wähler kandidieren.